

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

05.12.2023

Inhalt

EWN

1 Schacht Konrad steht auf der Kippe <i>die tageszeitung, 05.12.2023</i>	3
2 Warum die Debatte um Atomkraft in Deutschland wieder hochkocht <i>capital.de, 04.12.2023</i>	4
3 Der Geheimplan hinter der globalen Atom-Allianz <i>FOCUS online, 04.12.2023</i>	6
4 Raus aus der Atomkraft – und wieder rein in die Höhlen? <i>nordkurier.de, 04.12.2023</i>	8
5 «So wird es in Zukunft ohne Kern-kraft-werke nicht gehen» <i>tagesanzeiger.ch, 04.12.2023</i>	10
6 In Finnland wundern sich sogar Grüne über Deutschlands bizarren Energie-Weg <i>focus.de, 04.12.2023</i>	12
7 LNG: Bundesregierung weiß plötzlich nicht, wie klimaschädlich die Importe sind <i>Berliner-Zeitung.de, 05.12.2023</i>	15

die tageszeitung | 05.12.2023 | S. 8

Auflage: 44.634 | Reichweite: 313.141

Reimar Paul

Schacht Konrad steht auf der Kippe

Umweltschützer und Kommunalpolitiker wollen das Atommüllendlager stoppen. Entscheidung des Landes Niedersachsen wird bis zum Jahresende erwartet

Der Weiterbau des umstrittenen Atommüllendlagers Schacht Konrad in Salzgitter steht auf der Kippe. Umweltschützer und Kommunalpolitiker:innen drängen Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Grüne), den Planfeststellungsbeschluss, also die Baugenehmigung, für Konrad zu widerrufen.

In einem am Wochenende bekannt gemachten offenen Brief an Meyer fordern die Oberbürgermeister und Landrät:innen von Städten und Kreisen aus Südostniedersachsen, dass das Land Niedersachsen eine Bundesratsinitiative zum Stopp des Projekts starten soll. Das Schreiben ist von den Oberbürgermeistern von Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg, den Landräten der Kreise Gifhorn, Goslar und Helmstedt sowie der Wolfenbütteler Landrätin unterzeichnet.

„Das alte Eisenerzbergwerk Schacht Konrad ist für die dauerhafte sichere Lagerung radioaktiver Abfälle ungeeignet, deshalb muss das Projekt aufgegeben werden“, heißt es darin. Zudem seien inzwischen erhebliche Mengen an schwach und mittelradioaktiven Abfällen angefallen – und fielen noch weiter an –, die aufgrund ihrer Zusammensetzung gar nicht im Schacht Konrad eingelagert werden dürften. Auch für den aus dem havarierten Bergwerk Asse zu bergenden Atom- müll sei Konrad „keine Option“.

Die Lokalpolitiker*innen verweisen zudem darauf, dass Niedersachsen mit Gorleben, Schacht Konrad, Asse und dem Endlager Morsleben kurz hinter der Grenze zur ehemaligen DDR wie kein anderes Bundesland „von den Auswirkungen unsachgemäßer Einlagerung radioaktiver Stoffe betroffen“ ist. Deshalb sei es wichtig, dass sich Niedersachsen auf Bundesebene beim Umgang mit radioaktiven Abfällen für höchste Sicherheitsanforderungen nach aktuellem Stand von Wissenschaft und Technik einsetze.

Das nach dem früheren deutsch-nationalen Reichs-

tagsabgeordneten und Aufsichtsratsvorsitzenden der Salzgitter AG, Konrad Ende, benannte Bergwerk war nur 12 Jahre in Betrieb, bevor es 1976 geschlossen wurde. In den Folgejahren ließ der Bund die Schachtanlage auf ihre Eignung als Endlager für schwach- und mittelradioaktiven Atom- müll untersuchen. Das Land Niedersachsen erteilte im Mai 2002 die Baugenehmigung. Klagen von Kommunen, Kirchen und Privatpersonen scheiterten.

Schacht Konrad soll laut Planfeststellungsbeschluss bis zu 303.000 Kubikmeter Atom- müll aufnehmen. Kürzlich war bekannt geworden, dass das Endlager noch einmal teurer und später fertig wird als geplant. Statt wie zuletzt mit rund 4,4 Milliarden rechnet die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) jetzt mit Kosten in Höhe von 5,47 Milliarden Euro. Bis Ende 2022 seien bereits 2,83 Milliarden angefallen, bis zum Abschluss der Errichtung würden weitere 2,64 Milliarden erwartet.

Erst im vergangenen Juni hatte die BGE weitere Verzögerungen beim Bau des Endlagers eingeräumt. Nicht wie davor geplant im Jahr 2027, sondern wohl frühestens 2029 kann das Endlager demnach fertiggestellt sein. Es war nicht die erste Verschiebung: Bis 2018 hatte es geheißen, Konrad werde 2022 in Betrieb gehen können.

Die Umweltverbände BUND und Nabu beantragten schon vor zwei Jahren beim Land Niedersachsen eine Rücknahme der Baugenehmigung, weil die Anlage längst nicht mehr dem Stand von Wissenschaft und Technik entspreche. Unterstützt werden sie von einem breiten Bündnis, das von Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel (CDU) bis zur IG Metall reicht. Landesumweltminister Meyer sagte zu, bis Jahresende über den Antrag zu befinden. Der Entwurf für eine Entscheidung sei „in der finalen Phase“, teilte sein Ressort der taz mit.

capital.de | 04.12.2023

Leon Berent, Victoria Robertz

WEBLINK

ATOMENERGIE

Warum die Debatte um Atomkraft in Deutschland wieder hochkocht

Deutschland ist als einzige große Industrienation vollständig aus der Atomenergie ausgestiegen, während andere neue Projekte planen. Das heizt auch die Debatte hierzulande wieder an

Sie läuft wieder: Deutschlands liebste Debatte über den Ausstieg (aus dem Ausstieg) aus der Atomkraft. Politiker von Union und FDP wollen zurück zur Kernkraft, SPD und Grüne wollen davon nichts wissen. Außerhalb Deutschlands wird weitaus weniger hitzig über Atomenergie diskutiert – und in keinem anderen EU-Land endete sie mit dem Ausstieg. Allein Schweden stand mal kurz davor, nun wird aber doch wieder kräftig investiert. Auch die Bevölkerung denkt anders heute anders über die einst verteuflte Energieform.

Warum kocht die Atomdebatte jetzt wieder hoch?

Im Rahmen der Weltklimakonferenz COP28, die aktuell in Dubai stattfindet, haben fast alle großen Industriestaaten eine gemeinsame „Erklärung zur Verdreifachung der Atomenergie“ veröffentlicht. Um die Netto-Null-Ziele für 2050 zu erreichen, müssten sich die weltweiten Kapazitäten für Kernenergie bis zu diesem Jahr verdreifacht haben, heißt es. Dabei berufen sich die Nationen auf Analysen der Atomenergieagentur der OECD und der Lobbyorganisation World Nuclear Association. In der Erklärung betonen sie, dass Atomenergie eine „Schlüsselrolle beim Erreichen der globalen Netto-Null-Treibhausgasemissionen“ spiele. Umgekehrt erschwere eine Reduktion der Atomenergie sogar, die Netto-Null-Ziele zu erreichen. Deswegen seien Forschung an neuen Nukleartechnologien und Unterstützung dafür auf hoher politischer Ebene notwendig.

Unterzeichnet haben insgesamt 22 Nationen, darunter Kanada, die USA, Japan, die Vereinigten Arabischen Emirate und viele europäische Staaten: Großbritannien, Polen, die Niederlande, Schweden, Finnland und Frankreich. In den meisten davon ist Atomenergie schon jetzt ein wichtiger Bestandteil des Energiemix. In den USA liegt der Anteil bei fast 20 Prozent,

in Großbritannien und Kanada bei rund 15 Prozent und in Frankreich seit Jahren sogar zwischen 60 und 70 Prozent. Hierzulande hat Atomenergie 2022 noch sechs Prozent am Strommix ausgemacht. Mittlerweile ist Deutschland aber vollständig aus der Kernkraft ausgestiegen, in diesem Frühjahr ging das letzte Atomkraftwerk vom Netz. Entsprechend gehört Deutschland nicht zu den Unterzeichnern der Erklärung.

Debattiert wird darüber hier nun trotzdem wieder, wie schon so oft in den vergangenen Jahren – und das, obwohl der Ausstieg bereits 2011, nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima, beschlossene Sache war. In Zeiten geopolitischer Instabilität, gerade infolge des Ukrainekriegs, und neuer Technologien zeichnet sich jedoch immer mehr ab: Die großen Nationen der Welt sind sich einig, die Nuklearindustrie boomt, nur Deutschland bleibt außen vor.

Wie sieht die innenpolitische Debatte aus?

Teile von Union und FDP fordern aktuell den Wiedereinstieg in die Kernkraft. Die Energiewende unter den Umständen der aktuellen Haushaltskrise umzusetzen, sei ohne Atomkraft nicht zuverlässig möglich. Doch auch schon vor der Haushaltskrise kamen aus den zwei Parteien Forderungen, den beschlossenen Ausstieg herauszuzögern. Die FDP war es auch, die die Laufzeitverlängerung bis April dieses Jahres durchgesetzt hatte.

Nun äußerten sich in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ gleich mehrere führende Politiker der beiden Parteien. CSU-Chef Markus Söder hält es für nötig, die in Deutschland vorhandenen Reaktoren „umgehend“ zu reaktivieren, Jens Spahn (CDU) kreidet der Ampel die Abschaltung der letzten deutschen Meiler „mitten in der Energiekrise“ als „schweren Fehler“

an. Wie bekannt ist, waren es aber CDU-Kanzlerin Angela Merkel und ihre Regierung, die den Ausstieg damals durchgesetzt hatten. „Diese Kraftwerke müssen so schnell wie möglich wieder ans Netz“, sagte Spahn nun und plädierte außerdem dafür, Atomkraftwerke der neuesten Generation zu bauen, sobald sie entwickelt seien und sich auch an dieser Entwicklung zu beteiligen.

Auch ein wichtiger Politiker der FDP regte eine Wende in der Energiepolitik an. Der Fraktionsvorsitzende der Partei im Bundestag, Christian Dürr, sagte zum Beispiel, Deutschland „sollte die Kernenergie nicht abschreiben“. Wenn das Land es damit ernst meine, sollte man neuartige Reaktorkonzepte beachten.

Von den anderen Regierungsparteien SPD und Grüne gibt es bisher keine Äußerungen. Bernhard Herrmann von den Grünen, Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz und Energie, sagte aber noch im November bei einer Rede im Bundestag, „ein Wiedereinstieg in die Atomenergie wäre ein fataler Fehler“. Er führte als Argumente vor allem die ungeklärte Atommüll-Frage an, das Risiko einer atomaren Katastrophe und dass ein Wiedereinstieg finanziell unattraktiv sei.

Als die Debatte im September aufflammte, machte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bereits deutlich, wie er dazu steht: „Das Thema Kernkraft ist in Deutschland ein totes Pferd“, sagte er im „Deutschlandfunk“.

Welche neuen Technologien gibt es?

Die Argumente der Atomdebatte sind eigentlich bekannt, doch die Weiterentwicklung der Forschung und neuer Reaktoren wirft wieder neue Fragen auf. Einer der neuesten Hypes in der Nuklearindustrie sind Small Modular Reactors, kurz SMR, sogenannte Kleinreaktoren. Befürworter argumentieren vor allem mit den verhältnismäßig niedrigen Kosten, weil Teile dafür am Band gefertigt werden können, und mit angeblich weniger schlimmen Folgen, sollte es zu einem Unfall kommen.

Für die US-Regierung sind die Mini-AKW ein Teil der Lösung, wenn es um die Bekämpfung des Klimawandels geht. Das amerikanische Energieministerium subventioniert sie im Rahmen des „Inflation Reduction Acts“, mehrere Hersteller treiben die Entwicklung voran, ein Design wurde bereits zertifiziert. „SMRs sind kein abstraktes Konzept mehr“, sagte die stellvertretende Ministerin für Kernenergie, Kathryn Huff. „Sie

sind real und einsatzbereit. Das ist Innovation vom Feinsten und wir fangen hier in den USA gerade erst an!“

Allerdings sind die Baukosten eines Modellprojekts in Idaho zuletzt von gut 5 Mrd. US-Dollar auf über 9 Mrd. Dollar gestiegen. Dazu wird mit höheren Strompreisen für Verbraucherinnen und Verbraucher gerechnet.

Auch Großprojekte in Frankreich und China sorgen in der Nuklearbranche derzeit für Euphorie. Auf der Branchenmesse World Nuclear Exhibition, die kürzlich in der Nähe von Paris stattfand, wurden weitere innovative Systeme vorgestellt: zur Reaktorkühlung, zur Erdbebensicherung und Roboter zur Dekontaminierung. Inwiefern neue Kraftwerke durch solche Technologien sicherer sind oder weniger Atommüll hinterlassen, ist aber nicht ganz klar. Und zur Wahrheit gehört auch, dass das Geld für neue Atomprojekte meist von den Regierungen kommt. Private Investoren sind eher noch zurückhaltend, anders als beispielsweise bei erneuerbaren Energien.

Könnten Deutschlands AKW wieder in Betrieb gehen?

Seit dem 16. April 2023 ist in Deutschland kein Atomkraftwerk mehr am Netz. Für alle 37 Anlagen ist ein sogenannter Stilllegungsantrag gestellt. Stand Herbst gab es in Deutschland nur noch vier Kernkraftwerke, deren Stilllegung noch nicht begonnen hatte. Schon damals sagte EnBW-Kernkraftchef Jörg Michels zu einer möglichen Wiederinbetriebnahme: „Das Thema hat sich de facto erledigt.“

Die Gründe: Die AKW haben ihre Betriebsgenehmigungen verloren, sie befinden sich größtenteils schon im Rückbau, das Personal ist deutlich reduziert. Drei Atommeiler von Eon, Isar 2 in Bayern und zwei Anlagen in Norddeutschland, haben zwar noch keine Abbaugenehmigung – ihr Weiterbetrieb ist aber fragwürdig. Der Rückbau wird vorbereitet, niemand erwartet eine Planänderung.

Außerdem: Kernkraftwerke versorgen am besten ihre Standortregion mit Energie. Doch vor allem im Norden gibt es ein Überangebot an Strom aus Erneuerbaren. Die großen Verbraucherzentren liegen im Süden. So käme am ehesten Isar 2 für einen Weiterbetrieb infrage. Dort erwartet man den Bescheid zum Rückbau zum Jahreswechsel.



📄 FOCUS online | 04.12.2023 | S. online

👤 Florian Reiter, Jacqueline Arend

🔗 WEBLINK

WELTKLIMAKONFERENZ

Der Geheimplan hinter der globalen Atom-Allianz

Aufbruch in eine neue Ära? 22 Staaten haben auf der Weltklimakonferenz in Dubai eine neue Allianz zur Verdreifachung der weltweiten Atomenergie gegründet. Als Konkurrenz zu Erneuerbaren Energien wollen die Staatschefs ihr neues Projekt aber nicht verstanden wissen. Die wahre Absicht ist eine andere.

Der Termin im Rahmen der Weltklimakonferenz in Dubai war im Vorfeld nicht groß angekündigt worden, aber das Medienecho war dennoch gewaltig. Kein Wunder, bei dieser versammelten Polit-Prominenz: Der US-Sondergesandte John Kerry hatte das Treffen organisiert, Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hielt eine Rede, und auch die Staatschefs wichtiger Länder wie Schweden, Belgien und Polen waren anwesend.

Deutschland war bei dem Termin vom Samstag nicht dabei, und das hatte seinen Grund. Das von Kerry organisierte Treffen trug übersetzt nämlich den Namen "Verdreifachung der Nuklearenergie bis 2050". Eine Gruppe von 22 Staaten, darunter auch Großbritannien, Kanada und die Gastgeber der Vereinigten Arabischen Emirate, verpflichtete sich in einer Erklärung namens "Nuclear Pledge", die installierte Leistung der weltweiten Atomkraftwerke bis 2050 zu verdreifachen. Das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 sei ohne die Atomkraft "nicht erreichbar", sagte Kerry in seiner Rede.

"Die deutsche Position hat sich nicht geändert"

In Deutschland, zumindest in der Ampel-Koalition, sieht man das bekanntlich anders. Im Mai dieses Jahres gingen die letzten deutschen Atomkraftwerke vom Netz, die deutsche Strategie für die Energiewende setzt vollends auf erneuerbare Stromquellen wie Wind und Photovoltaik, ergänzt von Wasserstoff-fähigen Gaskraftwerken. "Die deutsche Position zur Atomenergie hat sich nicht geändert", sagten Kreise des Auswärtigen Amtes in Dubai zu FOCUS online Earth. "Atomenergie ist eine gefährliche, nicht nachhaltige Hochrisikotechnologie."

Schießt Deutschland sich mit seinem Energie-Plan ins internationale Abseits? Das sieht nicht einmal die neue Atom-Allianz so. "Wir argumentieren nicht, dass das hier die umfassende Alternative zu jeder anderen Energiequelle wird", sagte Kerry auch im Rahmen seiner Rede. "Nein, deshalb sind wir nicht hier." Aber, fügte Kerry wörtlich hinzu, "without some nuclear" werde es nicht gehen - also ohne "ein bisschen Atomkraft".

Der vermeintlich große Gegensatz ist also kleiner als gedacht. Zumal viele der Staaten aus der Atom-Allianz am selben Tag noch eine andere Verpflichtung unterzeichnet hatten, die vorsieht, die Erzeugung aus erneuerbaren Energien bis 2030 zu verdreifachen - darunter die USA und alle EU-Staaten. Dem sogenannten "Renewable Pledge" sind bislang 122 Länder beigetreten, sechsmal so viele wie dem "Nuclear Pledge".

Einladung mit Hintergedanken

Worum es der Atom-Allianz wirklich geht, verbirgt sich tief im Text der Erklärung. Man wolle eine "Einladung senden an Akteure der Weltbank, internationaler Finanzinstitutionen und regionaler Entwicklungsbanken, die nukleare Energie in die Kreditregelungen ihrer Organisationen nach Bedarf aufzunehmen, und aktiv die Nuklearenergie zu unterstützen, sofern sie über ein solches Mandat verfügen", heißt es in der Erklärung. Im Klartext: Es geht vor allem ums Geld.

Die Atomenergie hat nämlich ein Finanzierungsproblem. Für Risiken müssen seit jeher die Staaten haften, weil sich keine Versicherung findet, die gerne ein Atomkraftwerk versichern würde. Aber auch die Finanzierung neuer Projekte klappt in der Regel nur mit gewaltigen Staatshilfen.

Teuer und langwierig

Zum einen liegt das an der Komplexität der nuklearen Technologie: Ein Atomkraftwerk zu bauen, ist langwierig, teuer und aufwändig. Der im April ans Netz gegangene "Block 3" des finnischen Kernkraftwerks Olkiluoto, seines Zeichens der leistungsstärkste Reaktor Europas, wurde erst mit zwölfjähriger Verspätung fertig, zum Dreifachen der ursprünglich veranschlagten Kosten. Der neue Kraftwerksblock im französischen Flamanville hätte eigentlich 2012 ans Netz gehen sollen, ist aber immer noch nicht fertig. Auch dort haben sich die geschätzten Kosten mittlerweile vervielfacht, von 3,3 Milliarden auf mittlerweile 18 Milliarden Euro.

Bei den neuen Atom-Technologien sieht es nicht besser aus. Das US-Energieministerium hatte etwa zugesagt, die Entwicklung neuer sogenannter Mini-Reaktoren ("Small Nuclear Reactors") mit knapp 1,5 Milliarden Dollar zu fördern, doch die Fördersumme reicht oft trotzdem nicht. Beim bekanntesten Testprojekt im Bundesstaat Idaho entschloss sich das verantwortliche Konsortium erst im November, den Stecker zu ziehen - aus Kostengründen. Und selbst die Wartung bestehender Kernkraftwerke ist teuer und kostenintensiv, wie Frankreich erst im letzten Jahr erfahren durfte.

Die Solar-Konkurrenz

"Beim Ausbau der Atomenergie muss man sich ehrlich machen: Es wird sehr teuer und lange dauern - und ist keine alleinige Strategie, um bis 2050 klimaneutral zu sein", sagt Linda Kalcher, Direktorin des Klima-Thinktanks StrategicEU, zu FOCUS online Earth. Das wissen auch private Investoren, die ihr Geld lieber in Technologien wie die Solarenergie stecken: Dort locken exponentielles Wachstum und höhere Gewinne.

Trotz allem ergibt es für viele Staaten Sinn, auf die

Atomenergie zu setzen. Frankreich etwa, das über eine lebendige Industrie von Atom-Zulieferern verfügt und das seinen Strom zu 70 Prozent aus nuklearen Quellen generiert, könnte gar nicht aussteigen, selbst wenn es wollte - und Frankreich will definitiv nicht. Auch in Ländern wie den USA besteht der Strommix zu knapp 20 Prozent aus Atomenergie.

"Da setzen viele aufs falsche Pferd"

Wenn aber der Markt bei der Finanzierung nicht so recht mitspielen will, und wenn die Staaten selbst nicht jedesmal in die Bresche springen wollen, dann bleibt nur noch eine Akteurin übrig: die halbstaatliche internationale Finanzwelt, bestehend aus Institutionen wie der Weltbank. Über diese Einrichtungen haben die Staaten auch direkte Kontrolle - und als geeinter Interessensblock, so die Hoffnung, könnte sich die Atom-Allianz hier das benötigte Geld verschaffen.

Gerade von der Weltbank fühlt sich die Atombranche ohnehin schon lange benachteiligt. "Es gibt Statuten bei einigen internationalen Kreditgebern, die die Finanzierung von Kernenergie ausschließen", ärgert sich etwa Rafael Grossi, Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA). Die Weltbank habe etwa seit 1959 kein AKW mehr finanziert. "Ich denke, das ist völlig überholt."

Am Ende bleibt es den Staaten selbst überlassen, auf welchen Energiemix sie setzen - für unterschiedliche Länder herrschen unterschiedliche Begebenheiten. Klar ist nur eins, sagt Kalcher: Die fossilen Energien aus Kohle, Gas und Öl haben keine Zukunft. Atomkraft dürfe daher "nicht als Argument genutzt werden, um sich den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu sparen oder weiter in fossile Energie zu investieren", warnt die Expertin. Alleine werde die Atomkraft nicht reichen: "Da setzen viele aufs falsche Pferd."

 nordkurier.de | 04.12.2023

 Andreas Becker

 WEBLINK

WELTKLIMAKONFERENZ

Raus aus der Atomkraft – und wieder rein in die Höhlen?

Deutschland isoliert sich in der Energiepolitik immer stärker von anderen führenden Industrienationen – und verschweigt es gerne. Beispielsweise beim Ausbau der Atomkraft.

Eigentlich plätscherte die jährliche Weltklimakonferenz in der Vergangenheit mehr oder weniger vor sich hin - am Ende gab es dann irgendeine Abschlusserklärung, die aber offenbar keinen so richtig interessierte. Dieses Jahr aber - bei der mittlerweile 28. Auflage dieser weltweiten Veranstaltung - tut sich erstaunliches. Gleich am zweiten Tag der Konferenz im Wüstenstaat wurde eine Allianz geschmiedet - ohne Deutschland.

Leistung der Atomkraftwerke soll verdreifacht werden

22 Staaten stimmten dabei für den Bau neuer Atomkraftwerke. Unter anderem Großbritannien, USA, Frankreich, Belgien und die Ukraine halten Kernenergie für die Einhaltung der Klimaziele für unverzichtbar. Die Staatengruppe forderte, die Leistung der Atomkraftwerke weltweit bis 2050 zu verdreifachen - verglichen mit dem Stand von 2020.

Der Klima-Beauftragte der USA, John Kerry (Demokratische Partei), berief sich auf Aussagen der Wissenschaft, wonach Klimaneutralität bis 2050 ohne Atomkraft nicht erreichbar sei. Der Ex-Außenminister forderte auch, dass internationale Finanzkonzerne den Ausbau der Atomkraft unterstützen sollen.

Atomenergie gilt als klimafreundlich

Unterstützung für die 22 Staaten gab es auch vom Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), Rafael Grossi. Er riet ebenfalls zu mehr Kernkraft: Es wäre ein „Fehler“, die Atomenergie wegen Problemen bei einigen Projekten abzulehnen, machte Grossi deutlich. Atomenergie gilt als klimafreundlich, weil sie kein CO₂ produziert und damit nicht zu einer weiteren Erhöhung der Erderwärmung beiträgt.

Und die deutsche Delegation? Sie schwieg. Jennifer Morgan, Ex-Chefin der Umweltschutzorganisati-

on Greenpeace und seit dem Frühjahr 2022 Klima-Beauftragte von Außenministerin Annalena Baerbock, verlor in ihrem täglichen Statement aus Dubai zur Pro-Atom-Allianz kein Wort. Deutschland hatte im April diesen Jahres die letzten noch laufenden Atommeiler vom Netz genommen.

Finnischer Seitenhieb in Richtung Deutschland

Andere Länder dagegen setzen ganz offensiv auf Atomenergie und können die deutsche Strategie nur schwer nachvollziehen - beispielsweise Finnland. Dort ist Kernkraft die mit Abstand wichtigste Energiequelle für Strom.

Die finnische Außenministerin Elina Valtonen an die Adresse Deutschlands: „Es wird in Zukunft eine Herausforderung sein, dass manche europäische Partner ihr Energieangebot verknapppt haben. Finnland ist heute schon autark in der Stromproduktion - kann sich komplett selbst versorgen.“ Finnland würde in Kernkraft investieren, weil sie klimaneutral sei und in dieser Übergangsphase sehr viel besser für den Kampf gegen den Klimawandel geeignet sei als Kohle und andere fossile Energieträger.

Dass Deutschland sich stattdessen Gas aus Katar oder Kohle aus Südafrika und Kolumbien besorge, verband Valtonen mit einem kleinen Seitenhieb: „Dass man Energie aus Ländern holt, die unsere Werte nicht teilen, kann keine belastbare Strategie sein.“

Forschung und Entwicklung von Mini-AKW

Auch Frankreich setzt konsequent auf Atomkraft - Deutschlands westlicher Nachbar will 14 neue Reaktoren bauen, die ersten sechs sollen bis 2035 Strom liefern. Zusätzlich stecken die Franzosen eine Milliarde Euro in die Forschung und Entwicklung von Mini-AKW. Diese kleineren Anlagen können in einer Fabrik

vorgefertigt und anschließend an ihren Bestimmungsort transportiert werden.

Als klein werden Reaktoren mit einer Leistung bis zu 300 und als mittel solche mit Leistungen zwischen 300 und 700 Megawatt elektrischer Leistung bezeichnet. Ein großes Atomkraftwerk hat eine Leistung von 1400 Megawatt.

Aussagen der Gastgeber sorgen für Protest

Doch nicht nur der Atom-Deal von 22 Industriationen überraschte viele Teilnehmer an der Weltklimakonferenz - auch die Aussagen der Gastgeber des Weltklima-Gipfels COP28 in Dubai, Sultan Ahmed Al Jaber, ließen aufhorchen.

Ein Ausstieg aus fossilen Brennstoffen

wird keine nachhaltige Entwicklung ermöglichen, es sei denn, man will, dass die Weltbevölkerung wieder in Höhlen leben muss. *Sultan Ahmed Al Jaber*

„Ich schließe mich in keiner Weise einer alarmierenden Diskussion an. Es gibt keine Wissenschaft oder kein Szenario, das besagen würde, dass mit dem Ausstieg aus fossilen Brennstoffen die 1,5-Grad-Marke erreicht wird“, so der Sultan und Minister der Vereinigten Arabischen Emirate bei einer Podiumsdiskussion in Dubai. Unbeirrt vom aufkommenden Protest im Saal ergänzte Al Jaber: „Ein Ausstieg aus fossilen Brennstoffen wird keine nachhaltige Entwicklung ermöglichen, es sei denn, man will, dass die Weltbevölkerung wieder in Höhlen leben muss.“

tagesanzeiger.ch | 04.12.2023

Stefan Häne

WEBLINK

DEBATTE UM ATOMENERGIE**«So wird es in Zukunft ohne Kern-kraft-werke nicht gehen»**

Axpo-Chef Christoph Brand warnt: Der Ausbau der erneuerbaren Energien geht zu langsam. Er positioniert seinen Stromkonzern in der Debatte um neue Atomanlagen.

Man kann in der Energie- und Klimapolitik den Fünfer und das Weggli nicht gleichzeitig haben. Das hat Christoph Brand am Montag anlässlich der Bilanzmedienkonferenz der Axpo klargemacht. Wenn man die Versorgungssicherheit sicherstellen sowie die Klimaziele erreichen wolle und dabei nicht völlig abhängig von Stromimporten werden wolle, gleichzeitig aber nicht bereit sei, Windräder und Solaranlagen in die Landschaft zu stellen: «Dann», so der Axpo-Chef, «wird es in Zukunft ohne Kernkraftwerke nicht gehen.»

Brand hat das so oder ähnlich auch schon gesagt. Diesmal aber waren seine Worte eine Botschaft mit speziellem Gewicht. Zum einen, weil Landschaftschützer den Energie-Mantelerlass – ein Massnahmenpaket, mit dem das Parlament die erneuerbaren Energien forciert ausbauen will – mit einem Referendum zu Fall bringen wollen. Zum anderen, weil die Atomdebatte an Schärfe gewinnt.

Initiative will Neubauverbot aufheben

Als Plädoyer für den Bau neuer Atommeiler wollte Brand sein Votum nicht verstanden wissen. Die Axpo sei technologieneutral, die Neubaufgabe müsse die Gesellschaft beantworten. «In jedem Fall ist aber ein sofortiger und rascher Ausbau der erneuerbaren Energien unabdingbar.» Auch dann, wenn sich die Schweizer Bevölkerung wieder für neue Kernkraftwerke ausgesprochen habe, denn bis neue Atomanlagen stünden, würden mindestens 20 Jahre gehen, so Brand.

Das vom Stimmvolk beschlossene Neubauverbot besteht seit 2017. Die Volksinitiative «Blackout stoppen» will es wieder aufheben, sie dürfte im Januar eingereicht werden. Am Donnerstag berät der Ständerat zudem über ein Postulat von Thierry Burkart. Der Bundesrat, so fordert der FDP-Präsident, soll in einem Bericht aufzeigen, welche Rahmenbedingungen es für einen Langzeitbetrieb der bestehenden Atommeiler

braucht.

Weiter soll er darlegen, was notwendig ist, damit die alten Kernkraftwerke «ohne Risiko für die Versorgungssicherheit» abgeschaltet werden können. Das «Szenario Neubau» soll der Bundesrat ebenfalls prüfen. Der Bundesrat empfiehlt den Vorstoss zur Annahme, stellt aber klar, das sei kein Präjudiz für die Aufhebung des Neubauverbots. Der Bericht ermögliche aber, dass «in voller Kenntnis der Sachlage Entscheidung getroffen werden können».

In der Schweiz dürfen die bestehenden Atommeiler so lange laufen, wie die Atomaufsicht Ensi sie als sicher einstuft. Wann Beznau, mit Jahrgang 1969 die älteste Anlage der Schweiz, vom Netz gehen wird, liess Brand offen. Er machte aber klar, dass Beznau wie alle anderen Kernkraftwerke irgendwann ans Ende seiner technischen Lebensdauer kommen wird. Die Axpo geht von einer Betriebsdauer von circa 60 Jahren aus, Beznau würde damit um 2030 abgestellt.

Brand machte klar, dass der Neubau eines Kernkraftwerks ohne staatliche Förderung nicht gehen würde. «Das finanzielle – nicht das technische – Risiko eines Neubaus der bestehenden Generation wäre für ein Unternehmen wie Axpo zu gross. Wir könnten das nicht tragen.» Ihm sei auch kein Neubauprojekt bekannt, das ausschliesslich von privaten Investoren getragen werde, der Staat habe jeweils eine Schlüsselrolle inne – wie bei vielen anderen Technologien auch.

Hohe Kosten, politische Unwägbarkeit

Brand wies jedoch auf zentrale Unterschiede zu anderen Energieträgern wie etwa der Windkraft hin: Bei Kernkraftwerken müsse man über sehr lange Zeiträume planen, zu Beginn fielen jeweils sehr hohe Kosten an. «Und es gibt eine grosse politische Unwägbarkeit.» Vielleicht gebe es in zehn Jahren wieder einen nuklea-

ren Vorfall, nach dem die Stimmung in der Bevölkerung drehe. Dann jedoch hätten Investoren ein Problem, weil zusätzliche Kosten in Form verschärfter Regulierungen drohten.

Atomkritiker sehen sich bestätigt. Nils Epprecht, Geschäftsleiter der Schweizerischen Energie-Stiftung, sagt: «Aus den Aussagen von Christoph Brand – wohl-gemerkt dem grössten Betreiber Schweizer AKW –

lässt sich klar herauslesen: Neue AKW sind für die Schweiz schlicht keine gangbare Option.»

Die Atomfreunde sehen es gerade umgekehrt: Brands Aussage decke sich mit den Einschätzungen aller übrigen «unideologischen Experten», sagt SVP-Nationalrat Christian Imark: «Man kann es drehen und wenden, wie man will, ohne Kernenergie wird das Netto-null-Ziel nicht erreichbar sein.»



focus.de | 04.12.2023

WEBLINK

KRITIK AM ANTI-ATOMKURS

In Finnland wundern sich sogar Grüne über Deutschlands bizarren Energie-Weg

In Finnland ist man sich einig: Kernenergie ebnet den Weg zur Selbstversorgung und zur Klimaneutralität. Außenministerin Elina Valtonen sieht den deutschen Atomkurs kritisch und schmiedete jüngst einen Atomdeal mit anderen Industrienationen. In Finnland bekommt sie dafür sogar Rückenwind von den Grünen.

In einem sind die Finnen Deutschland weit voraus: In Sachen Atomenergie sind sich nahezu alle einig. Die Nordeuropäer haben sich der Kernenergie geöffnet. Selbst die Grünen sind dort - anders als in Deutschland - keine Gegner der Kernenergie.

Während die Bundesrepublik verstärkt auf Gas und teils auf Kohle setzt, unterzeichnen die Finnen auf der Klimakonferenz in Dubai mit Frankreich, den USA und anderen Industrienationen einen Atomdeal - und kommen damit ihrem Ziel, klimaneutral zu werden und die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu verringern, näher als Deutschland.

Finnlands Außenministerin Elina Valtonen hatte erst am Montag in einem Interview mit der „Bild“-Zeitung den Atomkurs der Ampel kritisiert. Sie warnte: „Es wird in Zukunft eine Herausforderung sein, dass manche europäische Partner ihr Energieangebot verknapppt haben.“

Habeck verteidigt Abschaltung der letzten Atomkraftwerke

Erst im April hatte Deutschland die eigene Stromproduktion aus Atomkraft beendet. Dafür musste eine Rekordmenge an Strom importiert werden. Wichtigste Energiequelle war dabei die Kernenergie der deutschen Nachbarn.

Dass die letzten drei Atomkraftwerke hierzulande bis zum 15. April weiterlaufen durften, geht auf Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zurück. Mit einem Machtwort hatte er wegen der Energiekrise nach dem rus-

sischen Angriffskrieg gegen die Ukraine den Weiterbetrieb angeordnet. Nach mehr als 60 Jahren wurde die Atomstromproduktion in Deutschland schließlich aber im April beendet.

Wirtschaftsminister Robert Habeck von den Grünen verteidigte die Abschaltung. „Unser Energiesystem wird sich anders aufbauen: Wir werden bis 2030 zu 80 Prozent erneuerbare Energien haben“, versicherte er. Auch einen späteren Neubau von Atomkraftwerken schloss er aus. Das habe sich bisher immer als wirtschaftliches Fiasko erwiesen - ob in Frankreich, Großbritannien oder Finnland.

Kernkraft ist die wichtigste Energiequelle für Strom in Finnland

In Finnland ist die Kernenergie die wichtigste Energiequelle für Strom. „Wir investieren in die Kernkraft, weil wir sehen, dass sie klimaneutral ist und in dieser Übergangsphase sehr viel besser für den Kampf gegen den Klimawandel geeignet ist als Kohle und andere fossile Energieträger“, sagte Valtonen in dem „Bild“-Interview.

Mehr noch: „Wir werden ab 2035 schon klimaneutral sein, indem wir sehr viele verschiedene Energiequellen einsetzen. Bei uns stellt die Kernenergie für Klimaschutz die Basis dar“, verspricht Valtonen. Die Außenministerin gehört der konservativen „Nationalen Sammlungspartei“ in Finnland an.

Finnlands Grüne öffnen sich der Kernenergie

Aber auch die Vorgängerregierung unter Ministerpräsidentin Sanna Marin teilte diese Haltung. Der ehemalige finnische Außenminister Pekka Haavisto von den Grünen setzte voll auf Atomkraft. „Nuklearkraft ist Teil unseres Energiemixes“, sagte er im Mai der „Berliner Morgenpost“.

Mittlerweile werden rund 35 Prozent des finnischen Stroms aus Kernenergie gewonnen. Das liegt auch daran, dass die finnischen Grünen in den vergangenen Jahren ihre Skepsis gegenüber der Kernenergie ablegen konnten. Damit sind sie Vorreiter in ganz Europa. Ihr Bekenntnis zur Atomkraft im Jahr 2022 sei vorbehaltlos gewesen, berichtet die Berliner Morgenpost. „Als Außenministerin Annalena Baerbock im Februar Finnland besuchte, haben wir festgestellt, dass es bei Politikansätzen von grünen Parteien Unterschiede gibt“, sagte Haavisto der Zeitung.

In Finnland ging Mitte des Jahres der fünfte Großreaktor ans Netz. „Diese Zeit ist aber möglicherweise vorbei“, so der Ex-Minister. „Wir kommen vielleicht auf die kleineren Atomanlagen zurück, die leichter zu steuern und leichter zu planen sind. Die Technologie könnte sich in diese Richtung entwickeln“, sagte er. „Das könnte die Zukunft für den Energiemix verschiedener Länder sein.“

Deutschland hat den schmutzigsten Strommix nach Polen und Tschechien

Für die deutschen Grünen ist das keine Option. Mehr noch: Habeck setzte sich mit seinem Nein zur Atomkraft über die Mehrheitsmeinung im Land hinweg. Umfragen sahen noch im April eine zum Teil deutliche Mehrheit in der Bevölkerung für einen zumindest begrenzten Weiterbetrieb der Anlagen.

Vor allem auch, weil sie kein klimaschädliches CO₂ ausstoßen. Stattdessen setzte das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz angesichts der Energieknappheit vorübergehend verstärkt auf Kohlekraftwerke mit entsprechend hohem Kohlendioxid-Ausstoß. Während Finnland sich der Klimaneutralität nähert, blickt Deutschland im November nach Polen und Tschechien auf den schmutzigsten Strom in der EU zurück, wie die „Bild“-Zeitung berichtet.

Demnach stammten 38 Prozent der Energie aus Wind, 25 Prozent aus Kohle, elf Prozent aus Gas, acht Prozent aus Biomasse, sechs Prozent aus Sonne und Wasser und zwölf Prozent aus anderen Quellen. Das ist das Ergebnis der Brückentechnologie, die Deutschland gewählt hat. Dass nun auch noch „fossile Kraftwerke länger laufen müssen, wenn wir nicht in einer sicheren Versorgungslage sind“, sagte Habeck am Mittwoch laut „Bild“-Zeitung im Energieausschuss, mache den Atomausstieg noch schwieriger.

Finnlands Grüne Jugend klar für Atomkraft

Auch die finnische Grüne Jugend wundert sich über die deutsche Haltung zu fossilen Brennstoffen. „In Finnland ist man der Meinung, dass es wichtig ist,

CO₂-neutralen Strom zu produzieren, damit die Industrie ihre Emissionen verringern kann. Wenn man sich auf saubere Energie konzentriert, verursacht die Nutzung weniger Emissionen. In Deutschland wiederum wollte man diesen Weg nicht gehen, sondern hat eher auf Gas und Kohle gesetzt. Die Deutschen sind wohl der Meinung, dass die Verringerung von fossilen Brennstoffen nicht so eine hohe Priorität hat“, sagte Peppi Seppälä, Vorsitzende der Jugendorganisation und Stadträtin in Espoo, schon vor knapp zwei Jahren der „Tagesschau“.

Der Parteienwachstum der Grünen in Finnland steht der Atomkraft offen gegenüber. In einem Interview mit dem „Nuklearforum Schweiz“ bezog Seppälä klar Stellung: „Da der Klimawandel so kritisch ist, ist die Kernenergie die Lösung, die wir als Option beibehalten sollten“, sagte sie.

„Als ich jünger war, war ich gegen Kernkraft“, sagt sie. Dann habe sie im Studium mehr über Kernenergie gelernt und verstanden, wie die Technologie funktioniert. „Davor dachte ich eher: Okay, das ist etwas Gefährliches, dem man nicht trauen kann. Als ich verstand, wie die Technologie funktioniert, dachte ich: Okay, das ist nicht so gefährlich. Es ist weniger beängstigend, wenn man es versteht.“ Für Seppälä ist klar, dass die Kernenergie zumindest in gewissem Umfang genutzt werden muss, um den Klimawandel zu verhindern. „Das hat meine Einstellung zu diesem Thema verändert.“

Die finnische Grüne Jugend setzt sich seit einigen Jahren für die Kernenergie ein, betont aber auch, dass nach einer anderen Lösung gesucht werden muss: „Aber da die Folgen des Klimawandels so drastisch sind, ist die Kernenergie die Lösung, die wir als Option beibehalten sollten. Und erst wenn wir die Klimakrise gelöst haben, können wir über andere Lösungen nachdenken.“

„Lieber eine überschaubare Anzahl radioaktiver Fässer, als ein Klima außer Kontrolle“

Woher die jungen Grünen diese Einstellung haben, wird klarer, wenn man Atte Harjanne sprechen hört. Er war unter Sanna Marin Fraktionsvorsitzender der Grünen im finnischen Parlament. In einem Interview mit der „NZZ“ sagt er: „Die antinukleare DNA gibt es auch bei uns, aber wir haben auch immer betont, dass wir eine Partei sind, die sich auf die Wissenschaft stützt.“ Harjanne betont die wichtige Rolle der erneuerbaren Energien, aber ebenso wichtig sei der Bau von Kernkraftwerken. „Wenn man eine Technologie aus den Szenarien herausnimmt, wird es sehr, sehr viel schwieriger, das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen.“

Der Grünen-Politiker denkt auch einen Schritt weiter und befürwortet den Bau eines Endlagers für Atom- müll in Finnland. „Auch hier geht es wieder um eine Risikoabwägung. Wir hinterlassen zukünftigen Gene- rationen strahlenden Atommüll. Aber aus meiner Sicht ist das weniger schlimm als ein Planet, auf dem die Temperaturen einen Wendepunkt überschritten ha- ben und viele Ökosysteme unwiederbringlich verlo- ren sind.“ Lieber eine überschaubare Zahl radioaktiver

Fässer tief unter der Erde, mit denen man umgehen muss, als ein Klima außer Kontrolle, sagt er.

Mit dieser Einstellung zur Kernenergie produziert Finn- land heute Strom im Überfluss. Das sei nur mit Hilfe der Kernenergie möglich, so Valtonen. Diesen Über- schuss wolle man mit den „Freunden“ teilen. „Wir in Skandinavien, Spanien, Schweiz und Frankreich er- warten uns von neuartigen AKW in Verbindung mit Ökostrom die Zukunft.“



 Berliner-Zeitung.de | 05.12.2023

 Liudmila Kotlyarova

 WEBLINK

LNG: Bundesregierung weiß plötzlich nicht, wie klimaschädlich die Importe sind

Wie viele CO₂-Emissionen entstehen zusätzlich durch LNG-Importe aus den USA? Die Bundesregierung hat dazu keine Daten. Das zeigt eine Antwort, die uns exklusiv vorliegt.

Das Wirtschaftsministerium unter der Leitung von Robert Habeck (Grüne) lässt in Deutschland mehrere LNG-Importterminals bauen, schließlich müssen die weggefallenen Pipeline-Gaslieferungen aus Russland irgendwie kompensiert werden. Aber zu welchem Preis? Und was, wenn das aus den USA importierte LNG, also Flüssigerdgas, klimaschädlicher ist als das Verfeuern von Kohle?

Zu diesem Schluss ist kürzlich eine neue Studie des amerikanischen Methan-Forschers Robert W. Howarth von der Cornell University gekommen, über die auch die Berliner Zeitung berichtete. Die absoluten Treibhausgasemissionen von amerikanischem LNG seien mindestens um 24 Prozent und im schlimmsten Fall um 274 Prozent höher als die von Kohle, heißt es in der Analyse. Schuld sind demnach Methanleckagen bei den verschiedenen Etappen von Fracking über die Reinigung, Verflüssigung und schließlich den Transport über die Weltmeere.

LNG-Import: Was sagt die Bundesregierung zu CO₂-Emissionen?

Was sagt die Bundesregierung dazu? Christian Leye, ein Abgeordneter der kurz vor der Auflösung stehenden Linke-Bundestagsfraktion, hat im November eine entsprechende Anfrage an die Regierung gestellt. Die Antworten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz liegen der Berliner Zeitung vor.

Leye wollte vor allem wissen, ob die Bundesregierung Schätzungen oder Berechnungen durchführen ließ, wie viel mehr CO₂ durch den zusätzlichen Import von LNG im Jahr 2022 ungefähr emittiert wurde und künftig emittiert wird. Gemeint sind somit die zusätzlichen LNG-Importe Deutschlands beziehungsweise der EU zum Ersatz von russischem Pipeline-Gas. Eine weitere Frage ist, ob diese Bewertungen auch in die Berechnung der deutschen Klimaemissionen oder ins Emis-

sionsbudget einfließen. Schließlich will die Bundesregierung gegen sogenannte Carbon Leakage, also die Verlagerung von Emissionen ins Ausland, vorgehen.

„Der Bundesregierung liegen keine solchen Schätzungen oder Berechnungen vor“, heißt es in der Antwort, die von Staatssekretär Philipp Nimmermann aus dem Wirtschaftsministerium unterzeichnet wurde. Bezüglich der Erfassung von Emissionen verweist das Ministerium auf das nationale Treibhausgasinventar. „Vorgelagerte Emissionen, die z.B. auf dem Weg nach Deutschland anfallen, werden hiervon nicht erfasst“, heißt es. Weiter wird unter Berufung auf die „einschlägige wissenschaftliche Literatur“ lediglich eingeräumt, dass durch den Transport von LNG wegen der zusätzlichen Prozessschritte höhere Emissionen entstünden als beim Pipeline-Transport. Aber auch hier seien verlässliche Aussagen „nur bedingt möglich“, weil man in der Literatur „eine große Bandbreite und Unsicherheit in den Schätzungen“ beobachte. Vergleiche mit der Kohle macht das Wirtschaftsministerium dabei nicht.

Für ein von den Grünen geführtes Klimaschutzministerium sei eine solche Antwort ziemlich mau, kritisiert Leye gegenüber der Berliner Zeitung. „Wenn Emissionen auf dem Transportweg des LNG im Ausland anfallen, dann interessieren sie die Regierung plötzlich nicht mehr. Die Devise lautet scheinbar: aus den Augen, aus dem Sinn.“ Die Bundesregierung sollte zugeben, dass die Umstellung auf LNG nicht nur die Geldbeutel der Menschen in Deutschland arg belastet, sondern auch mit den Klimaschutzvorhaben der Bundesrepublik nicht vereinbar sei. „Aber dies deckt sich mit meinem Eindruck, dass weite Teile der Grünen ihre Kritik bezüglich der umwelt- und klimaschädlichen Auswirkungen von LNG und Fracking vergessen haben“, legt Leye nach.

Apropos Fracking: Die umweltschädliche Produktion

sowie der emissionsreiche Transport von Flüssigerdgas werden auch als Argumente für eigenes unkonventionelles Fracking in Deutschland eingebracht. Die Bundesrepublik könnte laut dem ehemaligen Präsidenten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), Prof. Dr. Hans-Joachim Kümpel, „jährlich Millionen Tonnen von CO₂ einsparen“, wenn sie zumindest ein Viertel des Gasbedarfs selbst fördern würde. Zugleich würden laut der Leiterin des Zentrums für Energie, Klima und Ressourcen am Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Karen Pittel, die Methanemissionen zurückgehen.

„Der Methanschupf liegt an der Oberfläche im Promillebereich, beim Überseetransport sind es zwei bis drei Prozent“, so Pittel. Auch sagt die Forscherin: „Die Vereinigten Staaten werden nicht weniger an Erdgas fördern, nur weil wir anfangen zu fracken.“ Das dürfte also auch für die LNG-Lieferungen in den Rest der Welt gelten. Nicht zuletzt erwartet die IEA ab 2025 einen beispiellosen Anstieg von neuen LNG-Projekten. Die deutsche Nachfrage spornt die Gasförderer allerdings zusätzlich an.

LNG: So profitieren die USA von Exporten nach Europa – Russland kassiert auch

Nach Angaben der EU-Kommission haben die EU-Länder ihre Abhängigkeit von russischem Gas von 155 Milliarden Kubikmetern im Jahr 2021 auf nur noch 40 bis 45 Milliarden Kubikmeter im Jahr 2023 redu-

ziert. Daten des statistischen Amtes der EU (Eurostat) sowie der Internationalen Energie-Agentur (IEA) zeigen, dass diese Mengen nur teilweise durch zusätzliche Pipeline-Gaslieferungen aus Norwegen und Aserbaidschan, zum Großteil aber durch LNG-Exporte aus den USA, Russland, Katar und Algerien kompensiert wurden.

Zum Vergleich: Die USA hatten 2019 nur noch 14,2 Milliarden Kubikmeter Erdgas als Flüssigerdgas, oder LNG, nach Europa exportiert. Im Vorkriegsjahr 2021 stiegen die Mengen bereits auf 22,2 Milliarden Kubikmeter und explodierten 2022 auf 56 Milliarden Kubikmeter Erdgas. Russland profitiert auch erheblich: Im ganzen Jahr 2021 lieferte das Land noch 13,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas als LNG in die EU; allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden dagegen bereits 17,8 Milliarden Kubikmeter Erdgas verflüssigt nach Europa verschifft.

In Deutschland spielen direkte Importe von LNG über die drei fertigen Importterminals in Wilhelmshaven, Lubmin und Brunsbüttel laut Daten der Bundesnetzagentur mit einem Anteil von aktuell knapp acht Prozent eine deutlich geringere Rolle als etwa die Pipeline-Exporte aus Norwegen. 27 beziehungsweise 18 Prozent der Importe fließen aber entsprechend aus Norwegen und Belgien, die wiederum die größten Verbraucher von LNG aus den USA, aber auch aus Russland sind: Im Endeffekt wird das Flüssigerdgas zum Teil nur teurer an Deutschland weiterverkauft.